

Ottendorfer Zeitung

Lokal-Anzeiger für Ottendorf-Okrilla und Umgegend

Unterhaltungs- und Anzeigebblatt



Anzeigen-Preis: Die kleinstmögliche Zeile oder deren Raum wird mit 25 Pf., auf der ersten Seite mit 50 Pf. berechnet. Anzeigen werden an den Erscheinungstagen bis spätestens vormittags 10 Uhr in die Geschäftsstelle eingegeben. Jeder Anspruch auf Nachzahlung entfällt, wenn der Anzeigen-Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder wenn der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Die Ottendorfer Zeitung erscheint Dienstags, Donnerstags und Sonnabends. Bezugspreis: Vierteljährlich 1,80 Mark, halbjährlich 3,40 Mark, jährlich 6,40 Mark. In Falle höherer Gewalt (Krieg od. sonstiger außergewöhnlicher Ereignisse des Reiches oder des Landes, der Provinzen od. d. Verwaltungs-Einrichtungen) hat der Verleger keinen Anspruch auf Erfüllung oder Nachlieferung der Zeitung od. auf Rückzahlung d. Bezugspreises.

Verantwortlich: Amt Hermsdorf b. Dr. Nr. 31.

Postfach-Konto: Leipzig Nr. 29/48.

Schriftleitung, Druck und Verlag: Hermann Rühle, Groß-Okrilla

Nummer 84

Sonntag, den 20. Juli 1919.

18. Jahrgang.

Der Schrei nach Rente.

Wer irgend etwas, entweder Ware oder Arbeit, in den Kriegsjahren frei verkaufen konnte, der „machte sich gesund“. Er haben nicht nur in den Privatkontoren der großen Industrie- und Handelsbetriebe, sondern auch in den Ecken der Schieberkassens die Kriegsgewinnler gesehen, man braucht nur in den Rauchgeschäften nachzufragen, welche Menge teurer Pelze an den Kriegsjahren in dieser Zeit geliefert worden ist; oder die Konten der Sparkassen nachzulesen; oder sich der jungen Hausfrauen zu erinnern, die in Weinruben den Profitarbeiter zählten. Jammervoll stand es nur um alle diejenigen, die unter Preissteigerung an den Mann bringen konnten, sondern vertraglich zu den festen Bezügen der Friedensarbeit übergegangen waren: um die Beamten. Dann ebenso oder noch schlimmer um die kleinen Rentiers, die Invaliden, die Witwen mit Ruhegehalt.

Der Deutschen Nationalversammlung, die sich mit der Erhöhung aller Renten, namentlich für Kriegsbeschädigte, und Kriegshinterbliebene befaßt, liest der Präsident Fehrenbach feierlich den Text. Es ist niemand im Hause und außer dem Hause, der nicht wüßte, daß die Renten unter den heutigen Lebensbedingungen völlig unzureichend sind, nicht nur für Kriegsbeschädigte und für Hinterbliebene von Kriegssoldaten, sondern auch für Invaliden- und Altersrentner und sonstige Pensionäre vom Schlachtfelde der Friedensarbeit.

Aber ebensowenig weiß jemand von heute auf morgen zu sagen, woper man die etwa ershöhten Bezüge bezahlen soll. Selbst wenn wir an Stelle des kaiserlichen Reichsfinanzministers, dem die Wasser bald bis an den Hals stehen werden, einen Meister als Finanzmann hätten, könnte er nichts versprechen, weil — noch niemand weiß, ob die Entente und nicht überhaupt einen Strich durch unser Rentenwesen macht. Nach dem Friedensvertrag, den die Welt so munter interpellierenden Sozialdemokraten unterzeichnet haben, sind unsere Feinde berechtigt, uns jede Zahlung an die eigenen Hinterbliebenen zu verbieten, und wir nicht sämtliche Pensionen für ihre, die feindlichen, Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen entrichten zu haben. Davon spricht heute kein Mensch. Man flücht über von Wohlwollen zu den Armen, und die schwarzrote Regierung verspricht sich ihr mögliches zu tun: das ist alles. Noch eine andere Tatsache erwähnt niemand. Es heißt immer, der Krieg und nicht die Revolution sei an allem Unheil schuld. Dann da müßte man wenigstens sagen: der verlorene Krieg, wenn wir durchgehalten hätten, statt auf den Scheidemann-Frieden hinzutreten, so stünde es anders um uns. Dann kommt die ungeheure Vergeudung der Reichsmittel durch die Revolution. Es ist von der Regierung selber schon zugestanden worden, daß Heresgut im Werte von über fünf Milliarden Mark in den ersten Umsturzmonaten verloren verschwunden ist, ein Betrag, der, als Rente eingesetzt, die gute Versorgung von rund 250 000 Kriegsbeschädigten auf Lebenszeit ermöglicht hätte. Rechnet man die übrige erpreßte, geraubte, verschleppte Geld der neuen Regierung hinzu, so ergibt ein einfaches Divisionsergemmel, daß mit dem Verlust der ganzen Not unserer Rentner hätten rechnen können. Sie haben ihre Not also ausschließlich den jetzt regierenden Herren zu verbanken, die zuerst einen deutschen Krieg untergruben und dann unseren verfallenen Besitz wieder in die Hände der Feinde ließen. Es ist elende Heuchelei, wenn jetzt die Sozialdemokratie für die Armen „eintritt“. Der Räuber verleiht Tränen und kondoliert seinem Opfer! Das ist der revolutionäre Parlamentarismus in Reinkultur. Es ist die Not, wenn die Millionen betrogenen Deutschen nicht nachgehört würden, nicht nur durch Zeitungen, die nicht in alle Hände gelangen, sondern von Mund zu Mund, von einem Haus zum anderen, im Hinterhof, in den engen Gassen, auf den Arbeitsstätten.

Das gebefredende Haus stimmt auch der Erhöhung der Renten für natürliche Kinder zu. Ebenso will es allen denen in der Heimat nicht im Kriegsdienst angefallenen Beamten der letzten fünf Jahre, die sich bei Rohrläben und sonstigem Erfolg durchgehungen haben, diese schweren Jahre als das Pensionalter doppelt anrechnen, genau so wie den „wirklichen“ Kriegsteilnehmern. Kleine Geschenke erhalten die Freundschaft. Sie vergrößern manchmal auch den zu erwartenden Dritten. Hier handelt es sich außerdem um das Verprechen eines Gesichts, dessen Erfüllung wie alles andere davon abhängen wird, was die Feinde genehmigen. Die Nationalversammlung hat uns ja völlig in ihre Hand gegeben. Der Schrei nach deutscher Rente, der aus Frankreich kommt, wird den unserigen überhören.

Neuestes vom Tage.

Zur Aufhebung des Belagerungszustandes in Stettin meldet die deutsche Tageszeitung abweichend von dem Wolfbericht, daß die Arbeiter auch heute die Arbeit vollständig ruhen lassen, nur die Arbeiter der Gas- und Wasserwerke kamen zu den Werkstätten, aber nur, um festzustellen, daß sie im Anschluß an den Generalstreik in den Lohnstreik eintreten wollten. Der pommerische Landarbeiterverband hat ein Protesttelegramm an die preussische Landesversammlung gerichtet, in dem er sagt, daß, solange ein Landwirtschaftsminister auf Kosten des Volksganzen die Ereignisse treiben lasse und nur auf Orientierung durch den Landarbeiterbund hin derartige Kundgebungen veröffentliche, wie es der Minister Braun getan habe, anstatt die Bereitwilligkeit der Landwirte zum Wiederaufbau zu nutzen, dieser Minister des Vertrauens der Bevölkerung, die er vertreten solle, entbehren werde.

Wegen der Ermordung des französischen Sergeanten Mannheim ist eine Note von Marschall Foch in Berlin eingetroffen. In der Note wird von uns erstens eine Beschleunigung des gerichtlichen Verfahrens wegen des Vorfalls, Ueberrahme der Bestattungskosten, eine Entschädigung von 100 000 Fr. für die Familie des Ermordeten, eine Buße von einer Million Franken von der Stadt Berlin und Entschuldigung wegen des Vorfalls verlangt.

Auf die Note des Marschalls Foch, worin er eine Buße von 1 Million Goldmark durch die Stadt Berlin forderte, ist die Antwort im Kabinett fertiggestellt worden. Sie wird sofort überreicht werden. Sie stimmt der Zahlung von 100 000 Mark an die Familie des Getöteten zu, lehnt aber die Kontribution von 1 Million Mark ab, da ein Verschulden der Stadt Berlin nicht vorliegt.

Unhaltbare Zustände auf einem Flugplatz. Im Lager der Flugzeugmeisterei Adlershof sind etwa 6000 Arbeiter in Logen, ohne irgend eine positive Arbeit zu leisten. Für die Verwaltung der Lager würden 500 Mann genügen. Es werden wöchentlich etwa 750 000 Mk. Lohn ausgezahlt. Täglich ergeben Meldungen zahlreicher Diebstähle, die sich schon in die Hunderttausende von Mark erstrecken. Kaum ein Arbeiter verläßt die Anlagen, ohne sich etwas einzuflicken. Die Sicherheitskompanie ist als größte Diebesgesellschaft bekannt. 400 Mann stark, sollte ihr schon im Februar gekündigt werden. Es geschieht nicht. Täglich nach 4 Uhr nachmittags fängt der systematische Raub von Staatsvermögen dort an. Als Gelamtschaden des Staates seit der Revolution sind in Adlershof etwa 22 Millionen zu verzeichnen. Eine Einnahme von 175 000 Mark soll dem gegenüberstehen. Alles wird für die hohen Löhne ausgegeben, die sich in phantastischer Höhe halten.

Danzig. Das große Schwimmbad der Reichswerke sollte nach Kiel abgeschleppt werden. Die Arbeiter, die durch die fortwährende Entführung von Material und Maschinen aus den Staatsbetrieben in großer Erregung sind, weigerten sich, die dazu nötigen Arbeiten auszuführen, verlangten die Zurücknahme des Befehls zum Abtransport und drohten mit der Verhinderung des Docks. Da man auf dem Abtransport verharrete, erfolgte die Verhinderung.

In der amerikanischen Presse sind seit einiger Zeit Meldungen verbreitet über die Aufnahme eines größeren amerikanischen Kredits für Deutschland. Es ist nicht ausgeschlossen, daß seitens der deutschen Handelswelt diesbezügliche Verhandlungen angebahnt sind, doch läßt sich Positives hierüber noch nicht sagen. In der letzten eingetroffenen Meldung aus New-York, daß die Deutsche Bank im Namen der deutschen Regierung über ein größeres Anlehen in Amerika verhandelt, von dem der erste Kredit 50 Millionen Dollar betragen soll, wird von der Deutschen Bank erklärt, daß davon nichts bekannt ist.

Vertikales und Sächsisches.

Ottendorf-Okrilla, 19. Juli 1919

Am gestrigen Freitag war es dem Tischlermeister August Tamme nebst Gemahlin vergönnt, im Kreise ihrer Kinder und Verwandten das Fest der goldenen Hochzeit zu feiern.

Am heutigen Tage vollenden sich 25 Jahre, daß Herr August Leonhardt in Groß-Okrilla als Standesbeamter in unserem Orte seine Tätigkeit ausübt.

Marmelade-Beteiligung. Auf Grund der Bekanntmachung vom 29. Januar 1919 werden in der Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt einschl. der Stadt Radeberg

Abchnitt 28 der weißen Brotaufstrichkarte mit 250 Gramm Marmelade, Abchnitt 23 der rosaen Brotaufstrichkarte mit 125 Gramm Marmelade beliefert.

Um die zum Zwecke der Steuerflucht ins Ausland gebrachten Kapitalien steuerlich zu erfassen, plant die Regierung ein Rotgesetz, nach dem an einem bestimmten Tage die Stempelung solcher Wertpapiere vorgenommen wird. Ohne diesen Stempel verlieren sie ihren Geldwert. Dadurch werden die Besitzer solcher ins Ausland gebrachten Kapitalien gezwungen, sie ins Inland zurückzuschaffen, wenn sie sich vor einer völligen Entwertung ihrer Wert-Papiere schützen wollen.

Wind ist Brennstoff! Der Chemiker J. Stranzky in Freiberg machte folgenden zeitgemäßen Vorschlag: Kohle, Petroleum, Benzin, Spiritus ist in der jetzigen Zeit schwierig oder gar nicht zu beschaffen. Es fehlt uns an Heiz- und Leuchtstoffen. Die Kraft des Windes ist überall vorhanden und harzt der Ausnutzung. Treibt man durch den Windmotor eine Dynamomaschine an und leitet den erzeugten Strom ins Wasser, so entsteht aus dem Wasser Sauerstoffgas und Wasserstoffgas, von letzterem das Doppelte. Dieses Wasserstoffgas entwickelt bei der Verbrennung die größte Hitze und im Glühstrumpf das schönste Licht ohne eine Spur von Rauch und Ruß. Eine Pferdekraft liefert nach Schoop in der Stunde 136 Liter Wasserstoffgas. Das Gas kann in Gasometern von windreichen in auf windarmen Zeiten aufgespeichert werden. Der Winter liefert viel Sturm, insobedessen viel Brennstoff. Die Anlage kann für einzelne Grundstücke oder auch für Gemeinden ausgeführt werden. Auch kann das erzeugte Gas bestehenden Gasanstalten als Unterstützung zugeführt werden. Die jetzige Zeit erfordert schnelles Zugreifen und Ausführen, zumal es sich um eine altbekannte Sache handelt. Im ganzen Deutschen Reich muß uns der Wind als Kampfgenosse zur Seite stehen. — Man darf gespannt sein, was die „Fachleute“ zu diesem Vorschlag sagen werden! Wenn der Vorschlag brauchbar ist, sollte er sofort verwirklicht werden, da der kommende Winter große Licht- und Feuerungsnot bringen wird.

Radeburg. Am Sonntag hielt der Elbgau-Sängerbund in den Mauern unserer Stadt seinen 50. Sängertag ab. Zu Ehren der Gäste hatte die Stadt Flaggenstempel angelegt. Sonnabend nachmittag und abend trafen die Abgeordneten ein. Von abends 8 Uhr an fand im Schießhaus-Saale ein Begrüßungs-Kommers statt. Der einmütig zum Vorsitzenden für den Sängertag gewählte Bundesvorsitzende gab sodann den Bericht der Bundesleitung über das Geschäftsjahr. Beschlossen wurde, daß fernerhin die Bundeszeichen aus Eisen hergestellt und mit silberner und goldener Umrandung versehen werden sollen. Der nächste Sängertag soll im kommenden Jahr in Ottendorf-Okrilla stattfinden, und die Bundesleitung wurde ermächtigt, Schritte für das Sängertag in Neustadt einzuleiten.

Riesa. Rat und Stadtverordnete wählten zwei Ausschüsse, die sich mit der Frage der Vereinigung von Riesa, Gröba, Weiba und Pochra, sowie mit der Umbenennung von verschiedenen Straßen und Plätzen zu befassen haben werden.

Roswein. In Marbach entstand im Bösch'schen Gute neben der Kirche Feuer. Es brannte ein Wirtschaftsgelände nieder, in dem u. a. eine größere Menge Heu untergebracht war. Schon vor 8 Tagen ging in demselben Orte ein Teil des Erdgichts in Flammen auf.

Freiberg. Die Stadt Freiberg soll künftig ein Bataillon Reichswehr (vom Infanterie-Regiment 38) in Garnison erhalten. Die Reichstruppe wird in der bisherigen Jägerkaserne untergebracht werden.

Burgstädt. Die Stadtverordneten beschlossen, bei der Amtshauptmannschaft zwecks schärferer Erfassung der Butter und Ergriffung geeigneter Maßnahmen zur Bekämpfung des Schleichhandels vorstellig zu werden.

Döbeln. Mit Beginn der Ernte haben auf verschiedenen größeren Gütern der Umgebung Streiks eingesetzt, z. B. auf Rittergut Roschkonitz, in Großbauchitz, Kleinbauchitz usw. Durch diese Streiks soll erzwungen werden, daß nichtorganisierte Landarbeiter, die sich vom Streik fernhalten, entlassen und bessere Arbeitsbedingungen festgesetzt werden.

Plauen i. V. Wegen Schwarzschlächterei wurde hier ein Gastwirt von der Ferienstrafkammer zu 320 Mk. Geldstrafe verurteilt. Das beschlagnahmte Fleisch nebst Wurst wurden eingezogen. Das Schöffengericht hatte ihn freigesprochen.

